

Antrag

der Abgeordneten Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, Uwe Kekeritz, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Kai Gehring, Katja Keul und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jemen – Militärische Intervention stoppen – Neue Friedensverhandlungen beginnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Drei Monate nach dem Beginn der Luftangriffe der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz steckt der Jemen mitten in einer humanitären und politischen Katastrophe. Die anhaltende militärische Auseinandersetzung droht zu einem langanhaltenden Konflikt zu werden, unter dem Millionen von Menschen leiden müssen, der das ärmste Land der arabischen Welt in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurückwirft und der weitreichende regionale Auswirkungen haben könnte. Jemen könnte Somalia, Libyen und Syrien auf dem Weg eines langanhaltenden blutigen Bürgerkriegs folgen.

Das Scheitern der Friedensgespräche in Genf hat die Hoffnungen auf ein baldiges Ende der Auseinandersetzungen vorerst beendet. Das aber darf die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um erneute Verhandlungen nicht mindern. Sie muss nun verstärkt Druck auf alle Kriegsparteien ausüben, damit sie erneut zusammenkommen und ernsthaft miteinander sprechen. Das vordringlichste Ziel dieser Gespräche muss es sein, zu einer schnellen Waffenstillstandsvereinbarung zu kommen. Die große Herausforderung wird es danach sein, eine stabile Friedensvereinbarung zu erarbeiten, die auch tatsächlich von allen Akteuren eingehalten wird.

Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn durch die jahrzehntelange intensive Entwicklungszusammenarbeit genießt Deutschland einen hervorragenden Ruf im Land und verfügt über Kontakte zu allen Akteuren.

Diese Kontakte gilt es auch zu nutzen, um den Menschen im Jemen eine Perspektive für den Wiederaufbau des Landes zu bieten. Die umfassenden Erfahrungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit können dazu einen zentralen Beitrag leisten.

Die militärischen Auseinandersetzungen haben zu einer katastrophalen humanitären Lage im Land geführt. Fast 3.000 Menschen sind bislang zu Tode gekommen. Der dramatische Mangel an Benzin hat weite Teile der Wasserversorgung, der medizinischen Infrastruktur und des Verkehrssystems lahmgelegt. Auch die Lebensmittelversorgung ist kritisch. Während der fünftägigen Feuerpause Mitte Mai 2015 konnte

nur ein geringer Teil der Bevölkerung effektiv versorgt werden. Die von Saudi-Arabien und seinen Alliierten betriebene Seeblockade verschärft die ohnehin dramatische Situation weiter. Zehntausende Jemenitinnen und Jemeniten sind zudem in anderen Ländern der Region gestrandet, leben dort unter teilweise verheerenden Bedingungen und können nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Der Krieg im Jemen droht zudem, den Nahen Osten und das Horn von Afrika weiter zu destabilisieren. Schon jetzt zeichnet sich eine große Flüchtlingswelle ab, unter anderem in das vom Bürgerkrieg gebeutelte Somalia samt des teilautonomen Somalilandes. Die von Milizen, darunter Al-Qaida, beherrschten Landesteile können zu Rekrutierungs- und Rückzugsgebieten für Extremisten werden. Außerdem wurden bereits mehrere Stätten des Weltkulturerbes durch die Kampfhandlungen zerstört.

Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich innenpolitischer Natur. Die militärische Intervention der von Saudi-Arabien angeführten Koalition hat diese Probleme nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschlimmert. Die vor allem von Saudi-Arabien vorgebrachte Argumentation, der Vormarsch der Houthis sei Teil des iranischen Hegemonialstrebens, verstellt den Blick auf die tatsächliche Lage. Ebenso wenig handelt es sich um einen religiösen Konflikt. Ein konfessioneller Konflikt zwischen den zaiditischen Schiiten und den Sunniten war im Jemen jahrhundertlang unbekannt und droht erst jetzt durch den bewaffneten Konflikt aufzutreten.

Der Deutsche Bundestag verurteilt daher jegliche äußere militärische Einflussnahme im Jemen. Die Bombardements Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten, bei denen auch zivile Ziele angegriffen wurden und Berichten zufolge auch Streumunition eingesetzt wurde, haben nur für menschliches Leid gesorgt. Sie haben den militärischen Vormarsch der Houthis und ihres Verbündeten, dem 2011 abgesetzten Ex-Präsidenten Ali Abdullah Saleh, nicht aufhalten können, stattdessen aber die politischen Fronten weiter verhärtet und extremistischen Gruppen, darunter auch Al-Qaida, Zulauf verschafft. Auch die iranische Propaganda und die Unterstützung für die Houthis aus Teheran wirken sich verschärfend auf den Konflikt aus.

Ebenso verurteilt der Deutsche Bundestag das militärische Vorgehen der Houthis, das zahlreiche zivile Opfer gefordert hat und zudem auch während der humanitären Feuerpause fortgeführt wurde.

Das aggressive Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Verbündeter, zu dem auch die Lieferung von Waffen an jemenitische Milizen gehört, muss zu einer Revision der deutschen Sicherheitszusammenarbeit mit diesen Drittstaaten führen. Der Bundestag begrüßt prinzipiell die Ankündigung der Bundesregierung, grundsätzlich in Zukunft keine Lizenzen für neue Herstellungslinien zur Kleinwaffenproduktion an Drittstaaten mehr genehmigen zu wollen, die Möglichkeit für Ausnahmeregelungen ist jedoch dringend abzuschaffen. Ebenso aber müssen jetzt alle anderen Waffenlieferungen an diese Staaten gestoppt werden. Auch die Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen in diese Region durch deutsche Unternehmen für in der Vergangenheit aufgrund von Lizenzvergaben produzierten Waffen in diesen Drittstaaten muss in diesem Zusammenhang ausbleiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich sowohl gegenüber Saudi-Arabien als auch den Houthis und ihren Verbündeten für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen;
2. sich deutlich vom Vorgehen der saudi-arabisch geführten Militärkoalition zu distanzieren;
3. Druck auf den EU-Partner Großbritannien auszuüben, seine Unterstützung für die saudisch geführten Militärangriffe einzustellen;

4. sich für ein Ende der Seeblockade gegen den Jemen einzusetzen;
5. die iranische Parteinahme für die Houthis klar zu verurteilen und die iranische Regierung aufzufordern, zur Deeskalation der Lage beizutragen;
6. gemeinsam mit ihren Partnern alle Möglichkeiten zum Einfrieren der im Ausland angelegten Mittel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh zu prüfen;
7. sich als Vermittlerin für einen neuen nationalen Dialogprozess anzubieten;
8. die humanitären Hilfsaktionen der Vereinten Nationen umfassend zu unterstützen;
9. Druck auf die Regierung Saudi-Arabiens auszuüben, die versprochenen 274 Mio. USD humanitäre Hilfe auch tatsächlich an die zuständigen VN-Organisationen auszuschütten;
10. die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Jemen dazu zu nutzen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, Menschenrechte und Zivilgesellschaft zu stärken und so zur politischen Stabilisierung und Transformation beizutragen;
11. die Nachbarländer, besonders Somalia und das teilautonome Somaliland, politisch und materiell bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme zu unterstützen;
12. sich im Rahmen der VN für eine deutliche Resolution gegenüber allen Kriegsparteien einzusetzen, die einen Stopp der Kampfhandlungen und den sofortigen Zugang für humanitäre Versorgungslieferungen einschließt;
13. sich für eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen Luftangriffe auf zivile Einrichtungen, u. a. auf das Flüchtlingslager Mazraq, einzusetzen;
14. den Einsatz von Streumunition durch Saudi-Arabien und seine Verbündeten klar zu verurteilen;
15. ab sofort keine Rüstungsexporte mehr nach Saudi-Arabien und in den Jemen zu genehmigen;
16. zu prüfen, ob bereits genehmigte, aber noch nicht durchgeführte Exporte in die Region gestoppt werden können.

Berlin, den 30. Juni 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Trotz der Revolution von 2011, in der hunderttausende Bürgerinnen und Bürger für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Transparenz gekämpft haben, wurden die Hoffnungen der Menschen im darauffolgenden politischen Übergangsprozess nicht erfüllt. Die faktische Macht blieb in den Händen alter Eliten, was im Land für große Frustration sorgte.

Im Zuge der Föderalisierung des Landes als Teil des Übergangsprozesses wurde der Zuschnitt der Regionen zudem ohne die Beteiligung der Houthis beschlossen und damit einer der wichtigsten Akteure von dieser essenziellen politischen Weichenstellung ausgeschlossen.

Die Houthis stehen für Bevölkerungsgruppen aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate Beteiligung am politischen Leben erfahren haben. Sie nutzten die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit dem Verlauf des Transitionsprozesses für einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die Hauptstadt Sanaa einnahmen. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre Lage im Land weiter verschlechtert. Der Feldzug der Houthis wurde durch ein Bündnis mit dem Ex-Präsidenten Saleh beschleunigt, der ihn nutzte, um gegen all diejenigen vorzugehen, die nach der Revolution zu seiner Ablösung beigetragen hatten. Seine großen finanziellen Mittel, die er in erster Linie durch Bereicherung an den finanziellen Ressourcen seines Landes ansammeln konnte, sind eine wichtige Grundlage für die Erfolge der Houthis.

Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon profitieren sowohl secessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten weiteren Zulauf.

Es gibt glaubhafte Berichte darüber, dass Saudi-Arabien aus der Luft im Südjemen Waffen an Milizen für den Kampf gegen die Houthis abgeworfen hat, darunter auch G3-Gewehre aus deutscher Lizenzfertigung. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Waffen auch in die Hände der Al-Qaida gelangt sind.

Die internationale Gemeinschaft hat sich bislang einseitig geäußert. In einer Resolution des VN-Sicherheitsrates (2216(2015)) verurteilte er zwar zu Recht das gewaltsame Vorgehen der Houthis und ihrer Verbündeten, plädierte für eine Waffenruhe und Friedenslösung, verurteilte aber nicht die Angriffe des saudi-arabisch geführten Bündnisses. Sowohl die USA als auch Deutschlands EU-Partner Großbritannien unterstützen das militärische Vorgehen der saudisch geführten Koalition.